

# Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| Editorial.....   | 3   |
| <i>Lars Rensmann</i>   |     |
| Im Schatten des Trumpismus: Autoritärer Populismus in der Regierung und die Neuformierung der radikalen Rechten in den USA.....  | 5   |
| <i>Susanne Rippl &amp; Christian Seipel</i>  |     |
| Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen: das Beispiel Sachsen.....   | 26  |
| <i>Elena Mayer</i>   |     |
| Analyse von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Text Mining der Dokumentation von chronik.LE 2008–2019.....                                      | 42  |
| <i>Tanjev Schultz, Marc Ziegele, Nikolaus Jakob, Ilka Jakobs, Oliver Quiring &amp; Christian Schemer</i>   |     |
| Verschörungsglaube, Medienzynismus und Militanz: Einstellungen und Informationsquellen von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz – ein Beitrag zur Radikalisierungsforschung..... | 60  |
| <i>Dorothee Beck</i>   |     |
| Diskursive Brückenschläge: Medien, Maskulismus, Rechtsextremismus.....   | 90  |
| <i>Wolfgang Frindte</i>  |     |
| „Mehr Demokratie wagen“: Rechtsextreme Einstellungen von deutschen Jugendlichen und das Potenzial von demokratischer Praxis in Elternhaus und Schule.....                  | 108 |
| <i>Jannis Eicker</i>   |     |
| Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und ihre Systematisierung. Eine Untersuchung zum Stand der Theoriebildung in der Rechtsextremismusforschung.....                   | 131 |
| <i>Robert Philippsberg</i>   |     |
| Rechtsterroristische Gruppen in Deutschland nach dem NSU.....  | 147 |

## Nachrufe

|  |     |
|--|-----|
| Wolfgang Gessenharter (1942–2019): der Wissenschaftler als Citoyen – ein Nachruf von Michael Minkenberg..... | 167 |
| Karin Priester (1941–2020) – ein Nachruf von Sven Papcke.....  | 170 |

|  |     |
|--|-----|
| Klaus Ahlheim (1942–2020)<br>– ein Nachruf von Klaus-Peter Hufer ..... | 173 |
|--|-----|

## Rezensionen

*Laura Borchert*

|   |     |
|---|-----|
| Dietze, Gabriele & Roth, Julia (Hrsg.). (2020). Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond..... | 177 |
|---|-----|

*Fabian Virchow*

|  |     |
|--|-----|
| Ashe, Stephen D.; Busher, Joel; Macklin, Graham & Winter, Aaron (Hrsg.). (2021). Researching the Far Right. Theory, Method and Practice..... | 179 |
|--|-----|

*Maik Fielitz*

|   |     |
|---|-----|
| Griffin, Roger (2020). Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung (Explorations of the far right, Bd. 7)..... | 180 |
|---|-----|

*Fabian Virchow*

|   |     |
|---|-----|
| Henderson, Archie (2018). Conservatism, the Right Wing, and the Far Right: A Guide to Archives..... | 182 |
|---|-----|

*Matheus Hagedorn*

|  |     |
|--|-----|
| Harwardt, Darius (2019). Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik..... | 183 |
|--|-----|

*Fabian Virchow*

|   |     |
|---|-----|
| Kliegel, Thomas & Roßbach, Matthias (Hrsg.). (2020). Das NPD-Verbotsverfahren.... | 185 |
|---|-----|

|                                   |     |
|-----------------------------------|-----|
| Verzeichnis der Autor*innen ..... | 187 |
|-----------------------------------|-----|

# Im Schatten des Trumpismus: Autoritärer Populismus in der Regierung und die Neuformierung der radikalen Rechten in den USA<sup>1</sup>

Lars Rensmann

**Zusammenfassung:** Der Artikel analysiert die Entwicklung der radikalen Rechten in den USA im Kontext der Präsidentschaft des autoritären Rechtspopulisten Donald J. Trump. In einer aktorszentrierten Perspektive, die indes die politische Nachfrageseite und gesellschaftliche Bedingungen einbezieht, werden Transformations- und Interaktionsprozesse der radikalen und populistischen Rechten seit dem Aufstieg des Trumpismus rekonstruiert. Es zeigt sich erstens ein Prozess der Neuformierung der radikalen Rechten, die sich sowohl auf vorgelagerte Netzwerke und neue Bewegungen als auch eine lange schwelende illiberale, „autoritär-nationalistische Revolte“ stützt, welche durch den Trumpismus und Trumps Präsidentschaft politisch mobilisiert worden ist. Zu beobachten sind dabei eine spezifische Interaktionsdynamik und eine partielle Verschmelzung der radikalen und der neuen populistischen Rechten, wobei sich einige rechtsextreme Kräfte von Trump abgrenzen. Zweitens ist ein machtgestützter Prozess der Radikalisierung gegen das demokratische System der USA zu konstatieren, der im Kontext des regierenden Trumpismus auch signifikante Teile der Republikanischen Partei ergriffen hat. Drittens hat der Trumpsche autoritäre Regierungspopulismus Ausbreitungen, Mainstreaming und Legitimierungen rechtsradikaler Akteure, Ideologien, „alternativer Fakten“ und Verschwörungsmymen ermöglicht. Vor dem Hintergrund dieser Befunde werden kurz die Perspektiven der radikalen Rechten in den USA nach dem Ende der Präsidentschaft Trumps diskutiert.

**Schlüsselbegriffe:** Autoritarismus, radikale Rechte, Regierung, Populismus, Trumpismus, USA

**Summary:** The article analyzes the development of the radical right in the USA in the context of authoritarian right-wing populist Donald J. Trump's presidency. The transformation and interaction processes of the radical and populist right since the rise of Trumpism are reconstructed from an actor-centered perspective, which, however, also takes the political demand side and societal conditions into account. Three findings stand out: First, there is a new formation and realignment process of the radical right that is anchored in evolving new networks and movements as well as a long simmering illiberal, „authoritarian-nationalist revolt“ politically mobilized by Trumpism and the Trump presidency. Hereby a specific dynamic of interaction and partial amalgamation of the extreme and the new populist right can be observed, although some extreme right forces distance themselves from Trump. Second, there is a power-based process of radicalization against American democracy, which in the context of governing Trumpism has also come to include significant parts of the Republican Party. Third, Trump's authoritarian populism in government has enabled the expansion, mainstreaming and significant legitimization of far-right actors, ideologies, „alternative

1 Der vorliegende Beitrag wurde für die Printausgabe gekürzt – die ungekürzte Version findet sich digital im Open Access auf der Website der Zeitschrift: <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i1.02A>

facts,“ and conspiracy myths in society. Against the background of these findings, the perspectives of the radical right in the USA after the end of the Trump presidency will be briefly discussed.

**Title:** In the Shadow of Trumpism: Authoritarian Populism in Government and the Re-Formation of the Radical Right in the USA

**Keywords:** authoritarianism, radical right, government, populism, Trumpism, USA

## 1 Einleitung

Die gewalttätige Erstürmung des Kapitols in Washington, des Sitzes des US-amerikanischen Kongresses, durch ein breites Bündnis von neo-nazistischen Gruppen und Einzelpersonen, rechtsextremen *Militias* sowie anderen rechtsradikalen und -populistischen Trump-Unterstützer:innen am 6. Januar 2021 hat sich bereits jetzt als historisches Ereignis in der politischen Kultur der USA eingepreßt. Der Sturm auf das Kapitol und den voll besetzten US-Senat markiert einerseits das Ende der Präsidentschaft des autoritären Rechtspopulisten Donald J. Trump von 2017 bis 2021, der gemeinsam mit einigen republikanischen Abgeordneten zu diesem Aufstand mobilisiert hatte; andererseits einen Höhepunkt in der Entwicklung der radikalen Rechten im Zuge des Aufstiegs des Trumpismus als autoritär-nationalistischer, rechtspopulistischer und personenfixierter Bewegung und Ideologie. Jener hatte sich mit Trumps Erfolg bei der Präsidentschaftswahl 2016 an der Macht konsolidiert und zunehmend zum dominanten Faktor in der vormals konservativen Republikanischen Partei entwickelt (Muirhead/Rosenblum 2020).

Der vorliegende Beitrag untersucht den Transformationsprozess der radikalen Rechten in den USA im Kontext der Präsidentschaft Trumps und des sogenannten *Trumpismus*. Er fragt danach, inwiefern und wie dieser als breite, autoritär-nationalistische politische Bewegung sowie als eine Form eines *Regierungspopulismus* die Entwicklung der radikalen Rechten in den USA beeinflusst, geprägt und verändert hat. Den Schwerpunkt der Analyse bilden im Sinne dieser Fragestellung Akteure, Ideologien, Wandel und Relevanz der radikalen Rechten und deren spezifisches Verhältnis zur Trump-Regierung sowie den machtgestützten Trumpismus, nicht die Untersuchung der Trump-Regierung und ihrer Politik im Allgemeinen.

## 2 Die radikale Rechte im Zeitalter von Demokratiekrise und autoritärem (Regierungs-)Populismus: Theoretischer Rahmen in global vergleichender Perspektive

Aufstieg, (Wahl-)Erfolg und Mobilisierungsfähigkeit des Trumpismus sowie der gegenwärtigen radikalen Rechten in den USA sind zunächst im breiteren Kontext politischer Entwicklungsprozesse zu situieren, welche liberale Demokratien insgesamt – freilich in unterschiedlichem Ausmaß – weltweit erfasst haben. In globaler Perspektive ist übergreifend in repräsentativen demokratisch-liberalen Systemen ein nunmehr jahrzehntealtes, seit einigen

Jahren indes stark beschleunigter Prozess der Abkehr (und teils vollständigen Abkopplung) signifikanter Wähler:innengruppen von herkömmlichen demokratischen Parteien oder Repräsentant:innen zu konstatieren (Mudde/Rovira Kaltwasser 2018).

## 2.1 Demokratiekrisen, neue Konfliktkonstellationen und veränderte politisch-kulturelle Gelegenheitsstrukturen

Jene demokratische Legitimitäts- und Repräsentationskrise spiegelt sich insbesondere in der Nachfrage nach – und den (relativen) Wahlerfolgen von – autoritären, radikal rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Akteuren in fast allen liberalen Demokratien der Welt (Moffit 2016; Mudde 2019). Die weithin transnationale ‘Demokratiekrise’ verweist indes nicht nur auf veränderte politische Gelegenheitsstrukturen für entsprechende elektorale Herausforderer:innen im engeren Sinn der Parteiensysteme und elektoraler Räume. Sondern sie deutet auch auf erweiterte „politisch-kulturelle Gelegenheitsstrukturen“ (Rensmann 2004), die langfristig Mobilisierungschancen jener Herausforderer:innen erhöhen und Wahlerfolge sowie Machtzuwächse ermöglichen können.

Zu den politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen sind tiefer liegende soziale und soziokulturelle Konfliktstrukturen in demokratischen Gesellschaften zu zählen, die sich über die letzten Jahrzehnte rekonfiguriert und teils öffentlich erheblich zugespitzt haben. Dazu gehört ein breiteres mediales und kulturelles Umfeld, in dem u. a. rechtsradikale Akteure im Sinne kultureller Hegemoniebestrebungen auch selbst partizipieren, und das z. B. Erosionen der Grenzen des legitim Sagbaren in öffentlich-kulturellen Diskursen wie das kulturelle Mainstreaming rassistischer Ressentiments oder antisemitischer Verschwörungsmymen im öffentlichen Raum einschließt (Wodak 2016). Sie sind Teil eines seit Jahren schwelenden, mithin medial inszenierten und emotionalisierten „Kulturkampfes“ sowie einer zunehmenden ideologischen Polarisierung, die fast alle Demokratien stark affiziert, in den USA aber in bestimmten alten und neuen Medien sowie in der Politik und bei Wähler:innen mittlerweile besonders präsent ist (McCarthy 2019).

Dabei konstatieren Pippa Norris und Ronald Inglehart einen seit längerem schwelenden kulturellen *Backlash* gegen die „stille“ soziale Werterevolution, d. h. gegen den globalen Wertewandel der vergangenen Jahrzehnte zu post-materiellen, demokratischen, individualistischeren und kosmopolitischeren Werten (Norris/Inglehart 2019). Diese wertebezogene kulturelle Reaktion findet mittlerweile in einer breiten autoritär-nationalistischen „lauten Gegenrevolution“ bzw. konformistischen Revolte ihren Ausdruck (Rensmann 2017), zu der auch die teils leidenschaftliche Unterstützung Trumps und des Trumpismus durch gegenwärtige radikale Rechte zu rechnen ist. Die autoritäre und kulturell begründete Opposition gegen pluralistische und liberal-universalistische Werte und Prinzipien, die u. a. bei überzeugten Trump-Wähler:innen verbreitet ist, richtet sich mithin gegen das System eines demokratisch verfassten Rechtsstaates selbst. Analysen der Wähler:innenschaft zeigen die hervorgehobene Stellung entsprechender ethnisch-kultureller Präferenzen und eines Nationalismus der „weißen Identität“ (Sides/Tesler/Vavreck 2018).

Obwohl kulturelle Themen, *cleavages* und Identitätskonstruktionen vorrangig sind – und hoch emotionalisierte, polarisierte kulturelle Wertekonflikte und Spaltungsdimensionen soziale Konflikte mittlerweile politisch überlagern (Häusermann/Kriesi 2015) –, begünstigen transnational gestiegene materielle Prekarität und soziale Verunsicherung als Hintergrund-

# Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen: das Beispiel Sachsen<sup>1</sup>

Susanne Rippl & Christian Seipel

**Zusammenfassung:** Ausgangspunkt des Beitrages ist die Frage, was die Motive der „besorgten Bürger\*innen“, die sich in den neuen rechtspopulistischen Bewegungen sammeln, tatsächlich sind. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Situation in Sachsen gelegt – ein Bundesland, das immer wieder im Fokus rechtspopulistischer Aktivitäten steht. Bezogen auf die Selbstbeschreibung „Ich bin doch kein Nazi“, werden drei Hypothesen hinsichtlich der Motivation der besorgten Bürger\*innen geprüft. Zum einen die „Defizithypothese“, die die Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen als Hauptursache der Mobilisierung benennt, zum anderen die „Ideologiehypothese“, hier werden verfestigte autoritäre, rechtsextreme Weltbilder als Hauptmotiv lokalisiert. Im Kontext der dritten Hypothese wird versucht, den Einfluss ostdeutscher „Besonderheiten“, der sich in den empirisch immer wieder aufgefundenen Ost/West-Unterschieden manifestiert, zu „dekonstruieren“. Es wird vermutet, dass neben Protestmotiven, die sich auf wahrgenommene wirtschaftliche und politische Defizite beziehen, insbesondere autoritäre Reaktionen eine wichtige Rolle spielen. Die Hypothesen werden mit Daten des Sachsen-Monitors von 2017 überprüft.

**Schlüsselbegriffe:** Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Autoritarismus, Deutschland, Sachsen, besorgte Bürger

**Summary:** The article investigates the motivation of the so-called „worried citizens“, who follow the new right populist movement in Germany. The article focuses the situation in Saxonia. Referring to the self-description of the „worried citizens“, „I am not a Nazi“ we investigate three hypotheses. The „deficit hypothesis“, which concentrates on the economic and political inconfidence as main reason for the mobilization. The „ideology hypothesis“ focuses on stable authoritarian, rightwing worldviews as central motivation. In the context of the third hypothesis the text tries to „de-construct“ the influence of East German deprivation experiences – it is assumed that protest against economic and political deficits and authoritarian worldviews are important predictors and trigger authoritarian reactions. We test these hypotheses using data from a survey in Saxonia 2017 (called Sachsen-Monitor). We find evidences for all three hypotheses. It becomes clear, that not only worries are relevant for the rightwing mobilization but that authoritarian world views have a decisive function.

**Title:** East Germans between protest and authoritarian reactions: the case Saxonia

**Keywords:** populism, rightwing extremism, authoritarianism, Germany, East Germany, Saxonia, worried citizens

1 Wir danken den Herausgeber\*innen und zwei anonymen Gutachter\*innen für wertvolle Hinweise.

## 1 Einleitung

Spätestens seit den Ereignissen von Chemnitz<sup>2</sup> wird die Frage, wer denn eigentlich die besorgten Bürger\*innen sind, lauter gestellt. Bei den Demonstrationen liefen „besorgte Bürger\*innen“ Seite an Seite mit Hooligans und Nazis, die offen den Hitlergruß zeigten und rechtsextreme Parolen skandierten. Ähnlich schockierend waren die Bilder vom Pegida-Aufmarsch in Dresden, wo Teilnehmer\*innen „Absaufen, Absaufen“<sup>3</sup> brüllten, nachdem ein Redner abfällig über ein Rettungsschiff im Mittelmeer berichtet hatte. Die Sympathisant\*innen von Pegida, wie auch die Demonstrant\*innen von Chemnitz, stellen sich selbst als normale, besorgte Bürger\*innen aus der Mitte der Gesellschaft dar, deren Protest sich insbesondere am Thema der Zuwanderung entzündet. Sie distanzieren sich in ihrer Selbstbeschreibung von der Zuschreibung, ein „Nazi“ zu sein. Doch inwieweit trifft diese Selbstbeschreibung zu? Wer sind die Unterstützer\*innen rechtspopulistischer Bewegungen? In der vorliegenden Studie wird der Blick nicht auf die zahlenmäßig eng umgrenzte Gruppe der Demonstrierenden oder AfD-Wähler\*innen gerichtet – die bisher im Fokus der Analysen standen –, sondern auf den größeren Kreis von Personen, die Besorgnisse hinsichtlich der Zuwanderung äußern und gar von „Überfremdung“ sprechen. In Sachsen ist das mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung<sup>4</sup>, bei einem Ausländeranteil von ca. 5 Prozent. Dem Begriff „besorgte Bürger\*in“ liegt keine klare wissenschaftliche Definition zugrunde, er ist der alltäglichen und medialen Kommunikation im Kontext des Rechtspopulismus entnommen. Zum einen ist es eine Selbstcharakterisierung von Menschen, die bei Pegida demonstrieren oder die AfD wählen, verbunden mit der Selbstbeschreibung: Wir sind keine Nazis, wir sind nur besorgte Bürger\*innen. Zum anderen ist er eine Kurzform im alltäglichen Gebrauch, um diese nicht klar definierte Gruppe undifferenziert zu benennen. Neben der Gruppe der Demonstrierenden oder der AfD-Wähler\*innen ist der medial genutzte Begriff weitergesteckt. Er umfasst eine Gruppe von Personen, die sich Sorgen machen – konkreter, die sich Sorgen im Kontext der Zuwanderung von Flüchtlingen macht und sich negativ gegenüber dieser Zuwanderungsbewegung positioniert. Die Zuwanderungsthematik kann als zentraler Schnittpunkt für diese heterogene Gruppe gelten.

Im Rückgriff auf aktuelle Erklärungsansätze wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Einstellungen der sogenannten „besorgten Bürger\*innen“ das Resultat einer Protesthaltung gegen die Folgen von Modernisierungsprozessen sind – inwieweit Gefühle der politischen Machtlosigkeit oder des wirtschaftlichen „Abgehängt-Seins“ die Sympathie für rechtspopu-

2 Nach einem Tötungsdelikt, an dem Asylbewerber beteiligt waren, zogen am 26. August 2018 ca. 800 wütende Menschen – viele davon offenkundig rechtsextreme Hooligans und Nazis – durch die Innenstadt von Chemnitz, bedrohten und jagten Menschen mit ausländischem Aussehen, brüllten Sprüche wie „für jeden toten Deutschen ein toter Ausländer“, ohne dass die Polizei die Situation kontrollieren konnte (Dokumentiert: Der 26. August in Chemnitz, in: „Freie Presse“ 09/2018, <https://www.freiepresse.de/chemnitz/dokumentiert-der-26-august-in-chemnitz-artikel10306546>). Am 27. August 2018 folgte eine Demonstration mit ca. 8.000 Teilnehmer\*innen, mit einem hohen Anteil erkennbarer Neonazis, der Hitlergruß wurde offen gezeigt, nach Ende der Demonstration zogen wiederum 100 verummumte, gewaltbereite Personen weitgehend unkontrolliert durch die Chemnitzer Innenstadt „Ausländer suchen“, wie es im Polizeibericht heißt. Nach einem Todesfall in Köthen am 9. September 2018 gab es in kurzer Zeit erneut einen Demonstrationzug mit 2.500 Personen, wieder ist eine große Zahl einschlägig bekannter Neonazis anwesend, wieder werden verfassungsfeindliche Parolen skandiert (vgl. Thurm, Frida (2018). Aus Chemnitz gelernt. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeit-geschehen/2018-09/koethen-demonstration-bernd-hauschild-chemnitz>).

3 Frankfurter Rundschau (2018). Anzeigen wegen „Absaufen“-Rufen bei Pegida. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.fr.de/politik/anzeigen-wegen-absaufen-rufen-pegida-10969349.html>.

4 Sachsen-Monitor 2017.

listische Positionen bedingen. Eine alternative Erklärung bietet die Sichtweise, diese Haltungen als die Folge eines bereits vorhandenen umfassenderen autoritär geprägten Weltbildes einzuordnen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die spezifischen Kontextfaktoren in Ostdeutschland gelegt, die diese Prozesse offenbar verstärken. Die empirische Grundlage der Analyse bilden die Umfragedaten des Sachsen-Monitors von 2017.

## 2 Theoretischer Hintergrund

Rechtspopulismus ist zu einem Sammelbegriff für rechte Parteien und Bewegungen in der ganzen Welt geworden. Was darunter gefasst wird, ist sehr unterschiedlich. Eine klare Abgrenzung zum Begriff des Rechtsextremismus wird nicht gezogen. Dieser Mangel an Grenzziehung/Differenzierung spiegelt die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in der Wahrnehmung des Phänomens wider. Die Präsenz rechter Akteure und deren Themen ist im öffentlichen Diskurs deutlich gestiegen. Damit verbunden ist eine Verschiebung dessen, was „normal“ erscheint (Heitmeyer 2018; Salzborn 2017; Gessenharter 2017). Entsprechend aufgeweicht ist die Trennlinie zwischen einem gesellschaftlich gerade noch akzeptierten Rechtspopulismus<sup>5</sup> und einem nicht mehr akzeptierten Rechtsextremismus. In Deutschland ist eine solche Grenze durch die Referenz auf die Prinzipien des Grundgesetzes strafrechtlich festgeschrieben.<sup>6</sup> Wichtige Merkmale, die eine Überschreitung dieser Trennlinie kennzeichnen und den Übergang zum Rechtsextremismus markieren, sind somit die Infragestellung der pluralistischen Parteiendemokratie durch ein völkisch autoritäres Gesellschaftsmodell, rassistische Weltbilder, die die Würde des Einzelnen infrage stellen, die Verleugnung oder Verherrlichung der Verbrechen der NS-Diktatur oder die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Diese Trennlinien wurden und werden durch die AfD und andere Akteure des rechten Spektrums (Pegida, Identitäre Bewegung, ProChemnitz etc.) mehrfach und in zunehmendem Maß gezielt überschritten (Gessenharter 2017). Neben personellen Überschneidungen in Bereiche des vom Verfassungsschutz beobachteten Rechtsextremismus sind entsprechende verbale Äußerungen in großem Maße dokumentiert.<sup>7</sup> Die AfD hat sich seit ihrer Gründung kontinuierlich radikalisiert und wird von einer Vielzahl von Autor\*innen inzwischen – zumindest in Teilen – als rechtsextrem eingestuft (Niedermayer 2017; Pfahl-

5 Der Begriff Rechtspopulismus wird in Deutschland inzwischen teilweise synonym mit dem Begriff des Rechtskonservatismus verwendet. Streng genommen wird durch den Begriff des Populismus allerdings nur eine Mobilisierungspraxis gekennzeichnet, die nichts über den Extremismus der politischen Richtung aussagt (Lewandowsky 2017; Diehl 2018).

6 Der Verfassungsschutz spricht in Ableitung vom Begriff der wehrhaften Demokratie von Rechtsextremismus, wenn die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verletzt werden (Glossar Rechtsextremismus: [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)).

7 Ein Gutachten, das die AfD selbst bei einem Staatsrechtler in Auftrag gegebenen hat, um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen, kommt zu diesem Schluss (Süddeutsche Zeitung (2018). Eigenes Gutachten bringt AfD in Bedrängnis. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-verfassungsschutz-gutachten-1.4195348>). In Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und in Sachsen wird die AfD von den jeweiligen Verfassungsschutzbehörden als Verdachtsfall eingestuft. Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft derzeit, ob die gesamte AfD, die in ihrer Gesamtheit bislang als Prüffall eingestuft ist, künftig als Verdachtsfall gelten soll (Zeit Online (2021). AfD Sachsen ist Verdachtsfall für Verfassungsschutz. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/adf-sachsen-verfassungsschutz-verdachtsfall-rechtsextremismus>).



# Analyse von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Text Mining der Dokumentation von chronik.LE 2008–2019

Elena Mayer

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht in einer Längsschnittanalyse die Entwicklung der Ereignisse, die aus Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und Rechtsextremismus heraus motiviert sind. Grundlage hierfür ist die Dokumentation von chronik.LE, in der Gewalt- und Propaganda-Aktionen organisierter und nichtorganisierter Neonazis und rechter Akteur\*innen sowie Vorfälle von Rassismus, Antisemitismus und Sexismus in der Stadt Leipzig und den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen dokumentiert sind. Dabei werden drei Perspektiven herausgearbeitet: eine diachrone, eine inhaltliche und eine geografische. Die inhaltliche Auswertung wird mittels Topic Modeling umgesetzt. Dadurch werden verschiedene Akteur\*innen, Veränderungen der Ausdrucksformen einzelner Diskriminierungsformen und der Aktionen rechter und rechtsextremer Akteur\*innen sowie darauf aufbauend geografische Schwerpunkte aufgezeigt. Der Beitrag ist ein Beispiel dafür, wie umfangreiche Dokumentensammlungen mittels computergestützten Analyseverfahren ausgewertet werden und damit Methoden der Digital Humanities zur Rechtsextremismusforschung beitragen können.

**Schlüsselbegriffe:** Digital Humanities, Topic Modeling, Text Mining, Rechtsextremismus, GMF, Sachsen

**Summary:** Since 2008 chronik.LE is documenting violence and propaganda actions of organized and non-organized neo-Nazis and right-wing actors as well as incidents of racism, anti-Semitism and sexism in the city of Leipzig and the districts of Leipzig and Northern Saxony. Based on this documentation, this paper examines three perspectives on the development of incidents motivated by group-focused enmity and right-wing extremism: temporal, content-related and geographical. In order to evaluate the content-related development, the documents are analysed by topic modeling. This reveals various actors, changes in the expression of different forms of discrimination and in the actions of right-wing actors, as well as geographical focuses. Overall, the paper is an example of how large document collections can be evaluated by means of computational analysis.

**Title:** Analysis of right-wing extremism and group-focused enmity: a text mining perspective on the documentation of chronik.LE 2008–2019

**Keywords:** digital humanities, topic modeling, text mining, right-wing extremism, group-focused enmity, saxony

## 1 Einleitung

Seit 2008 dokumentiert *chronik.LE* auf der Webseite *chronikle.org* neonazistische, rechte und diskriminierende Ereignisse in der Stadt Leipzig und den beiden umliegenden Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Die Arbeit hat in den Jahren weder an Aktualität noch an Alltäglichkeit verloren. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass sich diskriminierende Vorfälle oder körperliche Angriffe ereignen, von rechter Propaganda oder Schmierereien mit neonazistischen Inhalten berichtet wird. Und auch wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse seit 2008 verändert haben, rechte Strukturen wie die NPD lokal und bundesweit an Bedeutung verloren oder menschenfeindliche Organisationen wie die islamfeindliche und rassistische Vereinigung Leipziger gegen die Islamisierung des Abendlandes (Legida) entstanden und wieder verschwunden sind, zeugt die umfangreiche Dokumentation von *chronik.LE* der letzten Jahre von einer Kontinuität neonazistischer und rechter Aktivitäten und diskriminierender Ereignisse.

Zugleich kann ein Aufschwung der politischen Rechten und ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck konstatiert werden, der sich gleichfalls in der Dokumentation niederschlägt. *Chronik.LE* erfasst zum einen konkrete Handlungen und Diskriminierungen, die aus menschenfeindlichen Einstellungen resultieren. Dabei orientiert sich das Dokumentationsprojekt am Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) (*chronik.LE* 2019a). GMF beschreibt abwertende und ausgrenzende Einstellungen, die sich nicht gegen Individuen, sondern gegen konstruierte Gruppen richten und sich durch Vorurteile, Stereotype und Diskriminierung äußern (Groß/Zick/Krause 2012; Küpper 2016). Zum anderen liegt der Schwerpunkt der Dokumentation auf Gewalt- und Propaganda-Aktionen organisierter und nichtorganisierter Neonazis, rechter Parteien und Bewegungen, im Folgenden unter dem Begriff des Rechtsextremismus gefasst.

Viele der auf *chronik.LE* dokumentierten Vorfälle wurden durch die in der Stadt Leipzig und in den beiden umliegenden Landkreisen Leipzig und Nordsachsen agierende Neonazi-Szene verübt (*chronik.LE* 2019b: 6–13). Jedoch sollte die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft nicht aus dem Blick geraten. Das große Mobilisierungspotenzial der rassistischen Legida-Bewegung oder die landesweiten Erfolge der rechtspopulistischen und zu Teilen rechtsextremen AfD untermauern diese Feststellung. So finden sich in der Dokumentation von *chronik.LE* auch Berichte über Diskriminierungen, Anfeindungen und Gewalt, die nicht im Zusammenhang mit der organisierten Neonaziszene stehen, sondern beispielsweise in der Berichterstattung lokaler Medien, im Fußball oder strukturell und institutionell im Alltag von marginalisierten Gruppen vorfallen.

Mit der Onlineplattform *chronikle.org* bietet das Dokumentationsprojekt einen Überblick über neonazistische und rechte Aktivitäten und diskriminierende Vorfälle. Die Dokumentation stellt einen umfangreichen Datenbestand dar, dessen Untersuchung in diesem Beitrag vorgestellt wird. Der Arbeit werden folgende Forschungsfragen zugrunde gelegt:

- Wie entwickelten sich die Phänomene Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus über den Zeitraum der Dokumentation?
- In welcher Form treten die Phänomene auf? Gibt es inhaltliche Entwicklungen?
- Gibt es geografische Schwerpunkte und räumliche Verschiebungen?

Auf diese Einführung folgt eine Vorstellung des methodischen Vorgehens. Neben Text Mining im Allgemeinen und LDA Topic Modeling im Speziellen wird die Dokumentation von chronik.LE bezüglich der Datenerhebung und -aufbereitung des untersuchten Korpus erläutert. Daraufhin werden die wesentlichen Erkenntnisse dargelegt. In einem abschließenden Kapitel werden diese Ergebnisse diskutiert und das methodische Vorgehen reflektiert.

## 2 Text Mining zur ereignisbasierten Analyse von Rechtsextremismus und GMF

Die rasant steigende Anzahl rein digital verfügbarer oder retrodigitalisierter Textquellen macht die Anwendung computergestützter Methoden zur Textanalyse zunehmend sinnvoll oder gar notwendig. Für die Rechtsextremismusforschung stechen diesbezüglich Dokumentationsprojekte wie chronik.LE ins Auge. Um die großen Datenmengen dieser Dokumentationen nutzbar zu machen, werden computergestützte Methoden benötigt. Das in dieser Arbeit angewandte Text Mining bietet sich in diesem Zusammenhang besonders an. Text Mining bezeichnet „computergestützte Verfahren für die semantische Analyse von Texten [...], welche die automatische bzw. semi-automatische Strukturierung von Texten, insbesondere sehr großen Mengen von Texten, unterstützen.“ (Heyer/Quasthoff/Wittig 2006: 3)

Durch den Einsatz von Text Mining-Verfahren werden signifikante Muster in textuellen Daten erkannt und semantische Strukturen herausgearbeitet. In dieser Arbeit wird Latent Dirichlet allocation (LDA) Topic Modeling, als ein unüberwachtes, semi-automatisches Text Mining-Verfahren, zur Extraktion zentraler Themen in der Dokumentation genutzt (Blei 2012; Blei/Ng/Jordan 2003). LDA Topic Modeling ist ein probabilistisches Modell, das semantische Cluster, die als Themen interpretiert werden, in Dokumentensammlungen berechnet. Diese semantischen Cluster, auch als Topics bezeichnet, sind statistisch auffällig oft miteinander auftretende Wörter. Das Ergebnis von LDA ist eine Wahrscheinlichkeitsverteilung über alle Topics für jedes Dokument und eine über die Menge aller Worte jedes Topics. Grundlage dessen ist die Vorstellung, dass jedes Dokument aus einer Kombination mehrerer Themen besteht und diese wiederum aus einer Kombination mehrerer Worte (Steyvers/Griffiths 2007; Wiedemann 2016: 32).

Da es sich bei LDA um eine explorative Methode handelt, die vorerst der Kategorisierung und Hypothesenbildung dient (Papilloud/Hinneburg 2018: 2, 12), bedarf es einer anschließenden Überprüfung, Kontextualisierung und Interpretation der Ergebnisse. Bezüglich des methodischen Vorgehens sei auch auf dessen Beschränkungen hingewiesen. Topic Modelle sind unüberwacht und nicht deterministisch, weshalb eine schrittweise Evaluation des Modells und eine Optimierung der gewählten Parameter notwendig ist. Zudem muss festgehalten werden, dass in der nachfolgenden Ergebnisdarstellung die absolute Höhe der Zahlen die Realität nur bedingt abbildet. Des Weiteren wird in der folgenden Auswertung keine Aussage über die Qualität eines Ereignisses getroffen. Beispielhaft steht die Meldung über eine Körperverletzung einer Person durch eine andere gleichwertig neben der Meldung über einen Angriff von etwa 250 Neonazis auf den Leipziger Stadtteil Connewitz.

In erster Linie werden mit der Topic Modell-Analyse der Dokumentation von chronik.LE thematische Trends in den Daten sichtbar und damit die Möglichkeiten der Methodik ex-

# Verschörungsglaube, Medienzynismus und Militanz: Einstellungen und Informationsquellen von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz – ein Beitrag zur Radikalisierungsforschung

Tanjev Schultz, Marc Ziegele, Nikolaus Jakob, Ilka Jakobs, Oliver Quiring & Christian Schemer

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht medienbezogene Einstellungen und das Ausmaß des Verschörungsglaubens von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz. Er greift die Debatte über Kampfbegriffe wie „Lügenpresse“ und „Systemmedien“ auf und erweitert die Radikalisierungsforschung um einen kommunikationswissenschaftlichen Zugang. Dafür verwendet er das Konzept des „Medienzynismus“. Es bezeichnet ein Einstellungsmuster mit verschwörungsideologischen Zügen: Journalist\*innen werden als Lügner und System-Kollaborateure betrachtet. Der Beitrag analysiert auch die Mediennutzung von Menschen mit AfD-Präferenz sowie ihre Einstellungen zu Gewalt. Die Basis bilden vier Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 2016 bis 2019. Die Daten wurden in Regressionsanalysen und mit einem Strukturgleichungsmodell ausgewertet. Dabei zeigt sich die Radikalität der AfD-Gruppe: Bei ihr sind Medienzynismus und Verschörungsglaube stark ausgeprägt. Dies geht mit einer überdurchschnittlichen Nutzung „alternativer“ Medien und einem höheren Verständnis für die Anwendung von Gewalt einher. Die Studie findet keine eindeutigen Hinweise für eine sich verschärfende Radikalisierung im Zeitverlauf, aber auch keine Abschwächung. Die Befunde stützen Befürchtungen, dass der Verschörungsglaube mit einer Affinität zu Gewalt verbunden und die Radikalisierung durch eine spezifische Mediennutzung gefördert werden kann.

**Schlüsselbegriffe:** AfD, Medienzynismus, „Lügenpresse“, Radikalisierung, Mediennutzung, Verschörungsglaube

**Summary:** The article examines the media-related attitudes of people who are likely to vote for the AfD party. It builds on the debate on terms such as „lying press“ (fake news media) and adds a media studies approach to radicalization research. It introduces the concept of „media cynicism“, which describes a pattern of attitudes that includes features of conspiracy ideologies: journalists are viewed as liars and system collaborators. The article also examines media use, conspiracy beliefs, and attitudes towards violence. Four surveys from 2016 to 2019 form the basis of the study. The data were analyzed using regression analyses and structural equation modeling. The findings illustrate the radicalism of AfD voters: They tend to show strong media cynicism and beliefs in conspiracies. This goes hand in hand with an above-average use of „alternative“ media and an increased support for using violence. The study does not find clear indications of an enhanced radicalization of AfD voters over time, but also finds no signs of a slowdown. The findings support fears that beliefs in conspiracies are connected to an affinity for violence and that radicalization can be fueled by the use of specific news media channels.

**Title:** Conspiracy beliefs, media cynicism, and violence: Attitudes and media use of Germans with a voting preference for AfD – a media studies perspective on radicalization

**Keywords:** AfD, media cynicism, radicalization, media use, conspiracy theories

## 1 Einleitung

Innerhalb weniger Jahre ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Parteiensystem der Bundesrepublik zu einem wichtigen Akteur herangewachsen. Nach dem Einzug in den Bundestag 2017 gelangen ihr weitere Erfolge in den Bundesländern, sodass sie schließlich in allen 16 Landesparlamenten vertreten war. Im Zuge der Corona-Krise sowie parteiinterner Auseinandersetzungen sank ihre Popularität im Jahr 2020. In den Jahren zuvor hatte sich die Partei radikalisiert (Häusler 2016a; Isemann/Walther 2019). In Wissenschaft und Öffentlichkeit wird die AfD wahlweise als rechtspopulistisch, rechtsradikal, rechtsextrem, völkisch-autoritär oder autoritär-nationalradikal bezeichnet (Virchow 2016; Salzborn 2018: 16–21; Heitmeyer 2018: 231–270; Häusler 2018). Wichtig ist in diesem Zusammenhang ein Einstellungsmuster, das als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bezeichnet wird (Heitmeyer 2002; Zick/Berghan/Mokros 2019). Es schließt unter anderem Rassismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit ein. Studien zeigen, dass AfD-Sympathisant\*innen Aussagen, die für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stehen, stärker zustimmen als andere Bürger\*innen (Hövermann/Groß 2016; Zick/Berghan/Mokros 2019: 94 f.).

Der Aufsatz richtet den Blick nun auf weitere relevante Einstellungen, die als Merkmal und auch als Treiber von Radikalisierung betrachtet werden können: medienbezogene Einstellungen, die in Kampfbegriffen wie „Lügenpresse“ aufscheinen, sowie der Glaube an Verschwörungserzählungen. Die beiden Aspekte haben einen inneren Zusammenhang. Denn die radikale Medienkritik, die teilweise als „Medienfeindlichkeit“ (Schindler et al. 2018) und von uns in Fortsetzung früherer Arbeiten als „Medienzynismus“ bezeichnet wird, integriert Elemente von Verschwörungserzählungen, indem Journalist\*innen beispielsweise unterstellt wird, lediglich als Marionetten der Mächtigen zu agieren. Geht die Radikalisierung so weit, dass die Menschen auch vor Militanz nicht zurückschrecken, kann sich die Befürwortung von Gewalt auch auf Angriffe gegen Journalist\*innen erstrecken.

Solche Aspekte waren zuletzt häufiger Thema in den öffentlichen Debatten über Populismus und Rechtsextremismus. Der Aufsatz liefert dazu empirische Befunde im Zeitverlauf. Die Daten sind im Zusammenhang mit Studien zum Medienvertrauen entstanden, daher enthalten sie keine Variablen zu weiteren wichtigen Konstrukten, etwa zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Aufgrund dieser Einschränkung konzentriert sich der Aufsatz auf die Aspekte des Verschwörungsglaubens und der Einstellungen zu den Medien und verbindet diese mit Befunden zur Mediennutzung. Zudem können Angaben über die Befürwortung von Gewalt in öffentlichen Auseinandersetzungen gemacht werden.

Die Entwicklung und das Profil der AfD haben Fragen nach den Informationsquellen und den medienbezogenen Einstellungen der AfD-Klientel dringlich werden lassen. Zwar hat das Schüren von Ängsten vor einer „Überfremdung“ und „Islamisierung“ des Landes das radikaler werdende Profil der AfD geprägt. Die Partei macht aber auch Stimmung gegen den „Mainstream“ und meint damit unter anderem die Medien; Ressentiments gegen etablierte

Akteure gehörten in den vergangenen Jahren zu den Motiven vieler AfD-Wähler\*innen (Bieber/Roßteutscher/Scherer 2018). Die Rhetorik des „Wir gegen andere (Fremde)“ wird durch ein „Wir (hier unten) gegen die da oben“ ergänzt (Zick/Krause/Küpper 2016: 114). So entstehen themenübergreifende, gegen Eliten und das System gerichtete Widerstandsnarrative, die in Kampfbegriffen wie „Systemparteien“ und „Lügenpresse“ gipfeln. Ob es um Geflüchtete geht oder um Corona, den etablierten Medien wird genauso misstraut wie der Regierung. Dabei können auch Verschwörungserzählungen eine Rolle spielen. Einige Medien – „alternative“ Medien oder Boulevardangebote – verbreiten populistische und verschwörungsideologische Inhalte, sodass die Mediennutzung zum Faktor für Radikalisierungsprozesse werden kann (Müller/Schulz 2019).

Der Beitrag analysiert vor diesem Hintergrund im Zeitverlauf von vier Jahren die Mediennutzung und die medienbezogenen Einstellungen von Bürger\*innen mit AfD-Wahlpräferenz, das Ausmaß ihres Verschwörungsglaubens und die Haltung zu Gewalt in politischen Auseinandersetzungen. Als Grundlage dienen vier Datensätze aus den Jahren 2016 bis 2019, in denen in repräsentativen Stichproben die Bürger\*innen in Deutschland befragt wurden. Auch wenn es sich nicht um Paneldaten handelt, können die Ergebnisse Hinweise auf Radikalisierungsprozesse geben und mögliche Veränderungen in der AfD-Klientel aufzeigen.

## 2 Radikalisierung durch Medien und Radikalisierung gegen Medien

Nachdem sich die Radikalisierungsforschung lange Zeit auf dschihadistische Gruppierungen konzentriert hat, wendet sie sich in jüngerer Zeit (wieder) verstärkt rechtsextremistischen Akteuren zu (Quent 2019; Daase/Deitelhoff/Junk 2019). Um dabei den Blick nicht auf Gewalttäter zu verengen, erscheint ein weites Verständnis von Radikalisierung hilfreich: „Radikalisierung als die zunehmende Infragestellung der Legitimation einer normativen Ordnung und/oder die zunehmende Bereitschaft, die institutionelle Struktur dieser Ordnung zu bekämpfen“ (Gaspar et al. 2019: 20).

Radikalisierung ist ein Prozess, „der zu einer extremen Polarisierung von Gefühlen, Überzeugungen und Verhaltensweisen führt“ (Zick/Böckler, 2015: 7). Studien zeigen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Einstellungsmuster mit Militanz im Sinne einer erhöhten Gewaltbereitschaft einhergeht (Zick/Berghan/Mokros 2019: 101 f.). Radikalisierte Akteure können Gewalt auch billigen oder befeuern, ohne (selbst) aktiv zu werden.

Die Rolle der Medien bleibt in Studien zur Radikalisierung oft unterbelichtet. In einem einflussreichen Beitrag von McCauley und Moskalenko (2008), in dem sie zwölf Mechanismen politischer Radikalisierung identifizieren, taucht sie nicht auf. Andere haben Internet-Communities und Propaganda-Medien thematisiert, wie die Publikationen des IS oder den Rechtsrock (Dornbusch/Raabe 2002). Will man die Analyse nicht auf die möglichen Endpunkte einer Radikalisierung und damit auf Gewalttäter und Terroristen beschränken, sondern ein „konzentrisches Eskalationskontinuum“ (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020: 58–89) betrachten, ist es notwendig, Radikalisierungsprozesse in der Breite der Bevölkerung und dabei auch die Mediennutzung und das Verhältnis zu Nachrichtenangeboten zu untersuchen (Benkler/Faris/Roberts 2018; Stier et al. 2020).

# Diskursive Brückenschläge: Medien, Maskulismus, Rechtsextremismus<sup>1</sup>

Dorothee Beck

**Zusammenfassung:** In dem Beitrag diskutiere ich, in welcher Hinsicht Print- und Online-Nachrichtenmedien mit Männlichkeitsthemen konservative und liberale Positionen einerseits und rechtsextreme Positionen andererseits diskursiv verschränken. Dazu erläutere ich Spannungsverhältnisse und Überlappungen maskulistischer und rechtsextremer Konzepte von Männlichkeit. Im Zentrum stehen die Legitimität von Gewalt und eine behauptete Krise der Männlichkeit. Basis ist das Projekt „‘Genderismus‘ in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016“, in dem ich Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Zeitung Die Welt, der Süddeutschen Zeitung und auf Spiegel Online einer qualitativen Inhalts- und einer Frame-Analyse unterzogen habe. Anhand der Befunde zeige ich die zentrale Bedeutung maskulistischer Positionen für mediale Diskursbrücken zwischen konservativen und liberalen Kreisen und dem Rechtsextremismus. In einer ersten Phase von 2007 bis 2013 wird der Wandel von Männlichkeit(en) überwiegend kritisch-konstruktiv verhandelt. In einer zweiten Phase 2016 dienen das Konzept soldatische Männlichkeit und die behauptete Krise der Männlichkeit dazu, männliche Hegemonie zu resouveränisieren.

**Schlüsselwörter:** Maskulismus, soldatische Männlichkeit, Krise der Männlichkeit, Nachrichtenmedien, Diskursbrücke

**Summary:** In my paper, I discuss in which respect print and online news media link conservative and liberal views on the one hand and far-right positions on the other, referring to masculinity issues. I first comment on tensions and intersections of concepts of masculinity in masculinist and far-right contexts, focused on the legitimacy of the use of violence as well as the alleged crisis of masculinity. My argumentation is based on my project „‘Genderism‘ in media debate. Thematic Cycles from 2006 to 2016“, in which I have analysed articles in the newspapers Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Süddeutsche Zeitung as well as in the online-service Spiegel Online in a qualitative content analysis followed by a frame-analysis. Drawing from these findings, I show the relevance of masculinist positions as a central pillar of a discursive bridge, that links conservative and liberal groups on one side and far-right positions on the other. In a first phase from 2007 to 2013 changes in masculinities are discussed within the media in a critical but constructive manner. In a second phase in 2016 the concept of soldierly masculinity and the alleged crisis of masculinity aim at resouveraigning masculine hegemony.

**Title:** Bridging discourses: media, masculinism, right-wing extremism

**Keywords:** masculinism, soldierly masculinity, crisis of masculinity, news-media, discursive bridge

1 Ich danke Marion Näser-Lather für die wertvolle Kritik an einer ersten Fassung dieses Beitrags und den beiden mir unbekanntem Reviewer\*innen für ihre konstruktiv-kritischen Anmerkungen.

## 1 Einleitung

Von den rechtsterroristischen Anschlägen in Oslo und Utøya 2011 über Christchurch und Halle 2019 bis Hanau 2020 nutzten die Gewalttäter ähnliche Rechtfertigungs-Narrative: eine krude Kombination aus Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus. Letzterer habe die Machtbalance zwischen Frauen und Männern zerstört, schrieb der Oslo- und Utøya-Attentäter Anders Breivik in seinem „Manifest“ (Keskinen 2013). Der Täter von Halle behauptete in seinem Video: „Feminismus ist schuld an der sinkenden Geburtenrate im Westen, die die Ursache für die Massenimmigration ist. Und die Wurzel dieser Probleme ist der Jude.“ (Bongen/Schiele 2019) Auch der Täter von Hanau beklagte die vermeintliche Schuld von Frauen (Haaf 2020).

Diese Beispiele zeigen die zentrale Bedeutung von Antifeminismus für rechtsextremistische Rechtfertigungsnarrative. Diese Schuld, die Frauen im Allgemeinen und dem Feminismus im Besonderen zugeschrieben wird, so die diesem Beitrag zugrunde liegende These, schafft ein diskursives Kontinuum zwischen Positionen im Rechtsextremismus und von Männerrechtlern bzw. Maskulisten. Unter dem Stichwort *Krise der Männlichkeit* ist dieser Schulddiskurs zur „rhetorische[n] Waffe gegen die angebliche Dominanz feministischer Definitionsmacht des Geschlechterverhältnisses“ (Forster 2008) geworden. Medien, so die zweite These, verlängern dieses Kontinuum zu einer *Diskursbrücke*.

Thematische und narrative Überlappungen und Grauzonen zwischen rechtsextremen Positionen sowie den Ansichten konservativer und liberaler Kreise der Bevölkerung werden in der kritischen Rechtsextremismus-Forschung immer wieder diskutiert (u. a. Virchow 2017: 7). Bezogen auf die Kategorie Geschlecht schreibt Lang (2015: 174) geschlechter- und familienpolitischen Themen eine Scharnierfunktion zu, die Positionen vom Rechtsextremismus über konservative und religiöse Gruppen bis hin zum bürgerlichen Mainstream miteinander verbinden. Kováts und Pöim (2015: 77) diskutieren Gender als symbolischen Kit für unterschiedliche rechtsgerichtete Traditionen, wie etwa EU-feindliche, antiliberale, antikommunistische, antisemitische, migrationsfeindliche und homophobe Einstellungen. Der vorliegende Beitrag fokussiert die Bedeutung von Print- und Online-Nachrichtenmedien für dieses Phänomen: Ich diskutiere, in welcher Hinsicht Themen rund um den Begriff Männlichkeit in einzelnen Medien politisch ansonsten recht disparate Positionen miteinander in Verbindung bringen. Bereits in den 1990er-Jahren wurde in Bezug auf die ‚Neue Rechte‘ über verschwimmende Grenzen zwischen verschiedenen konservativen und rechten Lagern diskutiert. Hierfür prägte Armin Pfahl-Traugber den Begriff *Brückenspektrum*, um zu verdeutlichen, dass es sich hierbei nicht um eine eigene politische Strömung, sondern um einen Ort politischer Kooperation handelt (Pfahl-Traugber 1994: 163; zu dieser Debatte vgl. Langebach/Raabe 2017). Ich nutze den Begriff *Diskursbrücke*, um diesen „Ort“ als (mediale) Diskurse zu konkretisieren. Die Untersuchung von solchen Diskursbrücken kann einen Beitrag zum Diskurs über Tabubrüche von bislang Unsagbarem in gesellschaftlichen Debatten leisten, die teils als Rechtsverschiebung diskutiert werden.

Im Projekt ‚Genderismus‘ in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016<sup>2</sup> habe ich untersucht, wie Nachrichtenmedien Gender-Themen, insbesondere die Kritik

2 Das Projekt ‚Genderismus‘ in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen von 2006 bis 2016“ lief von August 2017 bis Januar 2019 am Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg. Es wurde in der Programmlinie „Dimensionen der Kategorie Geschlecht“ des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gefördert.



an der Kategorie *Gender*, verhandeln.<sup>3</sup> In einer Frame-Analyse wurden fünf nahezu gleichgewichtige Frames bzw. Frame-Gruppen identifiziert: Angriffe auf Heteronormativität, Regeln einer demokratischen Öffentlichkeit, Vorwurf der politischen Instrumentalisierung von Wissenschaft, wertschätzende Diskurse über geschlechtliche Vielfalt sowie *Hinterfragung von Männlichkeiten*.<sup>4</sup> Dieser Frame, um den es im Folgenden geht, ist zeitlich und thematisch zweigeteilt. Er umfasst unterschiedliche Diskurse über Männlichkeit im gesamten Zeitraum. Von 2007 bis 2013 problematisierten die Medien Geschlechter- und Männerrollen anhand unterschiedlichster Themen. Danach tauchte der Männlichkeiten-Frame erst 2016 wieder auf, überwiegend im Kontext der Islam- und Integrationsdebatte. Trotz unterschiedlicher, teils gegensätzlicher Perspektiven weisen praktisch alle Texte den Frauen im Allgemeinen und dem Feminismus im Besonderen die Verantwortung für tatsächliche oder vermeintliche Missstände zu (Beck 2020: 77–79).

An dieser exemplarischen Längsschnittstudie zeige ich, wie in den untersuchten Nachrichtenmedien über den Zeitraum von zehn Jahren Männlichkeits-Themen verhandelt werden. Die Medien nahmen dabei nicht unmittelbar Bezug auf rechte Argumentationsfiguren. Vielmehr wurden maskulistische Narrative reproduziert, die anschlussfähig sind an rechts-extreme Diskurse. Um diese Überlegung zu plausibilisieren, diskutiere ich zunächst Überlappungen und Spannungsverhältnisse von Männlichkeiten im Rechtsextremismus und in maskulistischen Kreisen. Auf dieser Basis erläutere ich ausgewählte Befunde des Projekts „‘Genderismus‘ in der medialen Debatte“. Dies mündet in der Diskussion, in welcher Hinsicht das Bild einer *Diskursbrücke* zur Einordnung dieser Phänomene beiträgt.

Ich verwende den Begriff *Rechtsextremismus* für „politische Auffassungen, Werte, Befindlichkeiten wie Nationalismus, Rassismus, Ablehnung der Demokratie und [...] die Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen oder die Ideologie der Volksgemeinschaft“ (Jaschke 2017: 116; vgl. auch Virchow 2017). Diese Aufzählung muss um die Naturalisierung von vergeschlechtlichten Zuschreibungen und Geschlechterverhältnissen als Rechtfertigung für Ungleichheit ergänzt werden (Sauer 2017; Birsl 2011). Diese Naturalisierung bezieht sich auf ein vermeintlich „natürliches zweigeschlechtlich-polares Geschlechterkonzept, auf die klassische heterosexuelle Familie, auf eine traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und damit verbundene Geschlechterrollen des männlichen Familienernährers und der Frau als Mutter“ (Sauer 2017: 10). Ich grenze mich mit diesem Rechtsextremismus-Begriff auch von der sogenannten Hufeisentheorie ab, in der ein Extremismus auf der rechten und der linken Seite des politischen Spektrums strukturell gleichgesetzt wird.

Neben dem Rechtsextremismus stehen der *Maskulismus* oder *Maskulinismus* im Fokus dieses Beitrags. Nach Claus handelt es sich dabei um eine

„bürgerliche, teilweise konservative, antifeministische Männerpolitik, welche die kritische Auseinandersetzung mit dem angeblich männerfeindlichen Feminismus sowie eine subtile bis offene Frauenfeindlichkeit mit der Stärkung alter, traditioneller Männerbilder kombiniert. Der Maskulismus lehnt feministische Theorien ab, thematisiert männliche Unterdrückung und fokussiert ein positives, männliches Selbstbewusstsein.“ (Claus 2014: 17)

3 Untersuchung von Artikeln und Leser\*innenkommentaren in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, auf Spiegel Online, in der Süddeutschen Zeitung und der Zeitung Die Welt. Das Sample wurde anhand der häufigsten Gender-Komposita gezogen und induktiv erweitert. Es umfasste für die qualitative Inhaltsanalyse von Thematisierungsverläufen 389 Texte, für die darauf aufbauende Frameanalyse 59 Artikel (Beck 2020).

4 In der Untersuchung wurden insgesamt neun Frames identifiziert. Thematisch ähnlich gelagerte Frames wurden zu einer Frame-Gruppe zusammengefasst (Beck 2020: 69f.). Auf diese Differenzierung wird hier verzichtet.

# „Mehr Demokratie wagen“: Rechtsextreme Einstellungen von deutschen Jugendlichen und das Potenzial von demokratischer Praxis in Elternhaus und Schule<sup>1</sup>

Wolfgang Frindte

**Zusammenfassung:** Vorgestellt werden ausgewählte Befunde zum Einfluss von soziodemografischen und psychologischen Merkmalen auf rechtsextreme Einstellungen und zu den Möglichkeiten von Familie und Schule, rechtsextreme Einstellungen zu reduzieren. Zur Beantwortung der Fragestellungen werden standardisierte Befragungsdaten eines Projekts aus den Jahren 2018/2019 einer erneuten Analyse unterzogen. Befragt wurden 2.112 Jugendliche (54,1% weiblich) zwischen 14 und 19 Jahren aus den Regionen Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und aus bundesweit verorteten Schulpreisschulen. *Mehrebenenanalysen* belegen den interaktiven Einfluss von autoritären Überzeugungen und Erhebungskontexten auf rechtsextreme Einstellungen. *Mediatoranalysen* stützen die Annahme, dass gleichberechtigte Beziehungen in Familie und Schule den Einfluss von rechtsextremen Überzeugungen auf die demokratische Partizipation reduzieren und die Entwicklung demokratischer Einstellungen bei Jugendlichen fördern können.

**Schlüsselbegriffe:** Rechtsextreme Einstellungen; Einstellungen zur Demokratie; Demokratiepraktizierende Familien- und Unterrichtsbedingungen; Bereitschaft zum politischen Engagement in Schule und Gesellschaft

**Summary:** In this paper, selected findings are presented from a secondary analysis of a standardized survey study. Participants were 2.112 adolescents (54,1 % female) ranging in age from 14 to 19 years. The aim of the secondary analysis is to analyze right-wing extremist attitudes, attitudes towards democracy and democratic participation as well as possible causes and influencing factors. Pupils from the different regions differ in their political engagement, authoritarian convictions and right-wing extremist attitudes. Multi-level analyzes prove the interactive influence of authoritarian beliefs and survey contexts on right-wing extremist attitudes. Mediation analysis support the assumption that democratic relationships in family and school can reduce the influence of right-wing extremist beliefs on democratic participation and promote the development of democratic attitudes among young people.

**Title:** „Dare to take more democracy“: Right-wing extremist attitudes among German young people and the potential of democratic practice at home and school

**Keywords:** right-wing extremist attitudes; attitudes towards democracy; democracy-friendly conditions in family-life and teaching; political engagement and participation in school and society

1 Der Autor bedankt sich für die hilfreichen Hinweise der anonymen Gutachter\*innen.

## 1 Ausgangspunkte und Zielsetzung

„Wir wollen mehr Demokratie wagen ...“, so Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 28. Oktober 1969. Eingeleitet wird diese mittlerweile legendäre Aussage durch die folgenden zwei Sätze: „Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er-Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen.“ (Brandt 1969: 20) Man könnte meinen, hier spräche jemand vom Deutschland im Jahre 2020 und es äußere sich ein Politiker, der nicht nur eine Vision formuliert, sondern eine Aufforderung ausspricht, dass und wie die deutsche Gesellschaft ihre Zukunft gestalten und sich den Angriffen auf die Demokratie erwehren kann: durch mehr Demokratie, Freiheit und Mitbestimmung. Angegriffen wird die demokratische Verfasstheit der deutschen Gesellschaft (und nicht nur diese) derzeit u. a. durch wirtschaftliche, religiöse und politische Fundamentalismen, durch Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus (Decker/Brähler 2020; Quent 2019; Salzborn 2018; Zick/Küpper/Berghan 2019).

Bedroht wird der demokratische Verfassungsstaat auch von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen. Ideologische und motivationale Unterstützung bekommen derartige Bewegungen von neurechten Journalen und „Think Tanks“ oder von rechtsextremen Influencer\*innen in den sozialen Medien (vgl. z. B. Fielitz/Marcks 2000; Kellershohn 2016).

Zu den gewalttätigsten Formen, die sich aus diesen Bewegungen entwickelt haben, gehören rechtsextreme Terrorist\*innen, wie die Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der Mörder des Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübke, der Rechtsextremist, der an Jom Kippur 2019 einen Anschlag auf die Synagoge in Halle verübte und zwei Menschen erschoss, oder der Täter, der am 19. Februar 2020 in Hanau zehn Menschen ermordete.

Die Corona-Krise verdeutlicht noch einen anderen Zusammenhang: Der Rechtsextremismus bewegt sich in der Mitte der Gesellschaft. Die Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen, mit denen die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie bekämpft werden soll, zeigen, wie groß die ideologische Nähe zwischen Rechtsextremist\*innen, antisemitischen Verschwörungsideolog\*innen, Rechtspopulist\*innen, selbsternannten Bürgerrechtler\*innen und „besorgten“ Bürger\*innen ist.

Der Firnis des demokratischen Rechtsstaats ist dünn. Quent (2019: 61 ff.) charakterisiert den Rechtsruck, der spätestens seit 2015 in Teilen der Bevölkerung sichtbar geworden ist, als *Backlash*. Damit meint er Reaktionen von Gruppen, die aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen das Gefühl haben, an Bedeutung, Einfluss und Macht zu verlieren und deshalb versuchen, diese Veränderungen umzukehren oder einzudämmen. Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus etc. betreffen einen großen Teil der deutschen Gesellschaft und sind demzufolge keine ausschließlichen Jugendphänomene.

Das waren sie auch nie; auch nicht in den 1990er-Jahren, als jugendkulturelle rechtsextreme Tendenzen die demokratische Öffentlichkeit störten und verstörten. Von der Forschung wurden diese Verstörungen mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet (z. B. Heitmeyer et al. 1992; Melzer 1992). Auf politischer Ebene wurden Bundesprogramme entwickelt und

finanziert, um der Fremdenfeindlichkeit, dem Antisemitismus und dem Rechtsextremismus unter Jugendlichen präventiv begegnen zu können. Die starke Fokussierung auf den jugendlichen Rechtsextremismus wurde aber auch damals schon kritisiert (z. B. Bommes/Scherr 1992).

Das ändert allerdings nichts daran, dass rechtsextreme Einstellungen und Handlungen von deutschen Jugendlichen nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Entwicklung demokratischer Lebensräume von besonderer Relevanz sind. Jugendliche setzen und setzen antisemitische, rassistische und rechtsextreme Einstellungen und entsprechende Gewaltbereitschaften nicht selten öffentlichkeitswirksam in Szene. Eine präzise Analyse derartiger Einstellungen und Handlungsbereitschaften von Jugendlichen bietet die Chance, frühzeitig angemessene Präventionen zu etablieren. Nationale und internationale Studien belegen: Der praktizierten Demokratie in Schulen und beruflichen Ausbildungsstätten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu (z. B. Banz et al. 2020).

Diese Bedeutung theoretisch und empirisch zu untermauern, ist das Ziel des vorliegenden Beitrages. Es wird geprüft, inwieweit sich rechtsextreme und demokratische Einstellungen von Jugendlichen mit unterschiedlichen soziodemografischen und individuellen Merkmalen unterscheiden und inwieweit Familie, Schule und Unterricht als Puffer gegen rechtsextreme Einstellungen fungieren können. Zu diesem Zweck wird im Folgenden eine Sekundäranalyse vorgestellt, die sich auf standardisierte Befragungsdaten aus 2018/2019 stützt. Die damalige Befragung fand im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts statt (siehe: Richter/Wohlt/Frindte 2020).

## 2 Forschungsstand, theoretischer Rahmen und Fragestellungen

### 2.1 Rechtsextreme Einstellungen

Die Rechtsextremismus-Forschung ist bekanntlich – nicht nur in Deutschland – ein weites Feld (vgl. z. B. Frindte et al. 2016). *Google Scholar* findet im Zeitraum von 2015 bis 2020 mehr als 6 900 Einträge (ohne die Zitate mitzuzählen) mit dem Suchwort „Rechtsextremismus“. Darunter sind Überblicksarbeiten, Erhebungsstudien über rechtsextreme Dynamiken, Untersuchungen zur virtuellen Vernetzung rechtsextremer Szenen, zu rechtsextremen Tendenzen in der Schule und Familie, zu den Morden des NSU oder zu psychologischen Hintergründen rechtsextremer Tendenzen.

Auch die Diskussionen um den Rechtsextremismus-Begriff prägen seit Jahrzehnten die wissenschaftlichen Debatten. Neben politikwissenschaftlichen Definitionen wurden seit den 1990er-Jahren zahlreiche soziologisch-psychologische Definitionsvorschläge vorgelegt (z. B. Frindte/Neumann 2002; Heitmeyer et al. 1992; Virchow/Langebach/Häußler 2016) und auch generelle Kritik am Rechtsextremismus-Begriff geübt (z. B. Butterwegge 2010; Quent 2019).

Die folgende Sekundäranalyse lehnt sich an die von Heitmeyer und Kolleg\*innen vorgeschlagene Definition von Rechtsextremismus an, nach der sich rechtsextreme Einstellungen aus einer *Ideologie der Ungleichwertigkeit* und der *Gewaltaffinität* zusammensetzen (z. B. Heitmeyer et al. 1992). Zur Operationalisierung der *Ideologie der Ungleichwertigkeit* wird auf die sogenannte „Konsensdefinition“ zurückgegriffen. Nach dieser Definition zeichnen sich rechtsextreme Einstellungen besonders durch die folgenden sechs Ideologie-Facetten aus:

# Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und ihre Systematisierung

Eine Untersuchung zum Stand der Theoriebildung in der Rechtsextremismusforschung

Jannis Eicker

**Zusammenfassung:** Im Zentrum dieses Artikels steht das Problem der Unübersichtlichkeit hinsichtlich der Erklärungsansätze für Rechtsextremismus. Diesbezüglich wird nach dem Potenzial von Systematisierungen gefragt. Ausgehend von einem allgemeinen Rechtsextremismusbegriff werden verschiedene Systematisierungsweisen von Erklärungsansätzen in der deutschsprachigen Forschung herausgearbeitet und miteinander verglichen. Im Ergebnis erweisen sich alle Systematisierungsweisen als potenziell problematisch, u. a. weil sie dazu neigen, ‚integrative Ansätze‘ nicht angemessen darstellen zu können. Eben diese ‚Integration‘ unterschiedlicher Ansätze erscheint jedoch für die weitere Theorieentwicklung essenziell.

**Schlüsselbegriffe:** Rechtsextremismusforschung, Rechtsextremismus, Erklärungsansätze, Systematisierung, integrative Theorie, Methodologie

**Summary:** The focus of this article is the problem of keeping track of attempts to explaining right-wing extremism. In this context, the potential of systematizations is examined. Based on a general concept of right-wing extremism, different ways of systematizing different approaches in German-speaking research are worked out and compared with each other. As a result, all systematization methods prove to be potentially problematic, since they tend not to adequately represent ‚integrative approaches‘. However, it is precisely this ‚integration‘ of different approaches that appears essential for further theory development.

**Title:** Explanations of right-wing extremism and their systematization: a study on the state of the art of theorizing right-wing extremism

**Keywords:** right wing extremism, right wing extremism research, theory of right wing extremism, systematization, integrative theory, methodology

## 1 Einleitung

Spätestens mit den Wahlerfolgen der AfD ist die Debatte über mögliche Erklärungen extrem rechter Mobilisierungserfolge in Politik und Gesellschaft wieder voll entflammt. *Wieder*, weil diese Debatten keinesfalls neu sind, sondern im Grunde bereits im Kontext der Faschismuskommunikation<sup>1</sup> der 1920er-Jahre geführt wurden (Jaschke 2001: 86; Neureiter 1996: 274 f.). Allerdings ist die Entwicklung der Rechtsextremismusforschung seitdem keineswegs konti-

1 Hier sind mit diesem Begriff sämtliche Ansätze zur Erklärung des Faschismus gemeint, nicht lediglich die marxistischen. Fälschlicherweise wird der Begriff Faschismustheorie mitunter synonym zu marxistischer Faschismustheorie genutzt (so z. B. Birzer 1996: 77; Pfahl-Traughber 2019: 329).

nuierlich, sondern vielmehr ‚konjunkturell‘ verlaufen (Birsl 1994: 49), vermutlich nicht zuletzt aufgrund der lange Zeit fehlenden und immer noch eher geringen Institutionalisierung des Forschungsfelds (Stöss 1994: 23; Virchow et al. 2016: 1).<sup>2</sup> Paradoxaerweise gibt es trotzdem keinen Mangel an Arbeiten oder auch Erklärungsansätzen zum Thema (Winkler 2001: 50). Vielmehr wurde schon früh von einer „kaum überschaubaren Flut von Veröffentlichungen“ (Kowalsky/Schroeder 1994a: 8) gesprochen.

Angesichts dieser Fülle an Arbeiten zum Thema ist es problematisch, dass sich neue Arbeiten häufig nicht in die bestehende Literatur einordnen, sondern vielmehr einem Prinzip folgen, das Floris Biskamp (2019) als „Sich Platz schaffen auf einem überfüllten Markt“ beschreibt: Dabei werde die Dominanz eines bestimmten Erklärungsansatzes (lediglich) behauptet, um dem eigenen Ansatz Legitimität (und Platz) im Diskurs zu verschaffen, ohne die Komplexität der bereits zur Verfügung stehenden Literatur anzuerkennen.

Gleichzeitig macht diese Fülle an Literatur es auch tatsächlich nicht leicht, den Überblick zu behalten, weshalb schon früh ein „umfassende[r] Überblick“ (Landua et al. 2001: 156) über die vielen Erklärungsansätze gefordert wurde. Tatsächlich gibt es zwar eine ganze Reihe an Beiträgen, die sich an einer Systematisierung der Erklärungsansätze versuchen, jedoch ohne dabei ein einheitliches Bild hervorzubringen (Stöss et al. 2004: 27).

Dieser Artikel will sich mit eben dieser Unübersichtlichkeit hinsichtlich der Erklärungsansätze von Rechtsextremismus auseinandersetzen. Die Feststellung von Stöss et al. (2004: 27) wirft mehrere Fragen auf: Wie kommt es zu diesen unterschiedlichen Ansätzen? Inwiefern ist eine Vereinheitlichung möglich, um das Feld der Erklärungsansätze übersichtlicher zu gestalten? Und eignen sich Systematisierungen überhaupt, um den Forschungsstand der Theoriebildung angemessen abzubilden?

Um diesen Fragen nachzugehen, werden zunächst die für diesen Artikel zentralen Begriffe Rechtsextremismus und Erklärungsansatz definiert. Anschließend erfolgen Darstellung und Vergleich bestehender Systematisierungsweisen der deutschsprachigen Forschung. Daraufhin folgt eine kurze Behandlung ‚integrativer Ansätze‘ sowie der Möglichkeit, diese aus den besprochenen Systematisierungen abzuleiten, bevor die zentralen Befunde dieser Untersuchung diskutiert werden.

## 2 Rechtsextremismus und Erklärungsansätze

Jede Arbeit, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, sollte zunächst das ihr zugrundeliegende Verständnis dieses Begriffs darlegen (Winkler 2001: 39). Für die Diskussion unterschiedlicher Erklärungsansätze, die wiederum mit unterschiedlichen Rechtsextremismusbegriffen einhergehen, gilt jedoch eine allgemeine Definition als ausreichend (Winkler 1996: 26). Im Anschluss an Jürgen R. Winkler (1996: 26) wird Rechtsextremismus hier Hans-Gerd Jaschke (2001: 30) folgend als jene Einstellungen und Verhaltensweisen definiert, „die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wer-

2 Die Gründung dieser Zeitschrift stellt vor diesem Hintergrund einen wichtigen Schritt dar.

tepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“.

Diese breite Definition birgt jedoch das Problem, dass sie auf eine ganze Fülle unterschiedlicher Teilphänomene auf unterschiedlichen Ebenen verweist. Auf der Mikro-Ebene wird in der Regel zwischen verschiedenen Einstellungen und Verhaltensweisen unterschieden (Stöss 2010: 20). Auf der Meso-Ebene lassen sich diverse Organisationsformen (Hezel 2019: 119–120) und ideologische Strömungen (Schedler 2019: 30 f.) unterscheiden, und auf der Makro-Ebene verschiedene Herrschaftssysteme (Stöss et al. 2004: 24).

Hinsichtlich der Erklärungsansätze stellt sich dementsprechend die Frage, „welche Aspekte des fraglichen Phänomens erklärt werden“ (Winkler 2001: 49). Tatsächlich aber scheinen viele Ansätze „eine generelle Deutungsmacht für *den* Rechtsextremismus (und nicht nur für ein Teissegment“ (Salzborn 2018: 101, Hervorhebung im Original) zu beanspruchen, weshalb eine weitere Eingrenzung des Phänomens für diesen Artikel nicht notwendig ist.<sup>3</sup>

Als Erklärungsansätze werden im Folgenden alle Versuche verstanden, Rechtsextremismus systematisch nachzuvollziehen, unabhängig davon, ob es darum geht, das Phänomen „kausal zu erklären [...] oder] in seinen Logiken zu verstehen“ (Salzborn 2018: 99). Dabei ist jedoch zwischen tatsächlichen Theorien und der bloßen Nennung einzelner Erklärungsfaktoren oder -konzepte zu unterscheiden. Als Theorie verstehe ich hier in Anschluss an Winkler (2001: 50) „eine Menge von Begriffen und Aussagen [...], welche angeben, wie die Referenzobjekte der relevanten Begriffe aufeinander wirken. Sie dient der Organisation einer Anzahl von Hypothesen und ermöglicht die einheitliche Erfassung des Forschungsbereiches.“ Demgegenüber stellt „die Aufzählung von Ursachen“ (Winkler 2001: 39) bzw. von Faktoren und Konzepten noch keine Theorie dar, weil deren Zusammenhänge unklar bleiben. Ein solches „unreflektierte[s] Faktorendenken“ (Winkler 1996: 28) wird jedoch vielen Erklärungsansätzen (auch heute noch) attestiert (Pfahl-Traughber 2019: 323 f.). Dementsprechend kann sich der Begriff des Erklärungsansatzes im Folgenden sowohl auf Theorien als auch Faktoren oder Konzepte beziehen.

### 3 Systematisierungen als Übersichten von Erklärungsansätzen

Um einen besseren Überblick über den Stand eines Forschungsfelds zu erhalten, bieten sich Systematisierungen an. Systematisierung meint hier, Erklärungsansätze entsprechend bestimmter Kategorien zu gliedern und dadurch zu größeren Strängen zusammenzufassen (Birsl 1994: 53). Systematisierungen sind jedoch – als spezifische Form des Theorienvergleichs – nicht ganz unproblematisch: Erstens stellt sich die Frage der Auswahl des zu Vergleichenden, zweitens bedarf es Kriterien der Unterscheidung der Vergleichsobjekte und drittens besteht die Gefahr der Verkürzung bis hin zur Verzerrung der Vergleichsobjekte im Prozess ihrer Rekonstruktion (zum Theorienvergleich siehe z. B. Kneer 1999: 51 f.; Zapf 2018: 40 f.). Diese Probleme werden sich auch an den hier untersuchten Systematisierungen zeigen.

Im Folgenden wird eine Übersicht der Systematisierungen für Erklärungsansätze des Rechtsextremismus in der deutschsprachigen Forschung geboten. Es kann dabei allerdings

3 Ob eine solche allgemeine Erklärung überhaupt möglich ist, wird mitunter bezweifelt, bspw. weil dies eine künstliche Homogenisierung des Gegenstands voraussetze (Klämer/Kohlstruck 2006: 35).

# Rechtsterroristische Gruppen in Deutschland nach dem NSU

Robert Philippsberg

**Zusammenfassung:** In dem Aufsatz wird der Frage nachgegangen, welche charakteristischen Merkmale rechtsterroristische Gruppen nach dem NSU in Deutschland zwischen 2011 und 2020 aufweisen. Hierzu wurden als Fallbeispiele die rechtsterroristischen Vereinigungen Old School Society, Gruppe Freital, Revolution Chemnitz und die mutmaßlich rechtsterroristische Gruppe S. anhand der Kriterien *Entstehung und Entwicklung, Gruppenstruktur, Täter\*innenprofil, Auswahl der Ziele/Opfer, Gewaltintensität, Kommunikationsstrategie* und *Ideologie* untersucht. Der empirische Vergleich zeigt, dass die meist hierarchisch aufgebauten Gruppen mehrheitlich eine rechtsextreme Ideologie, Gewaltbereitschaft, Waffenaffinität und Menschenfeindlichkeit aufweisen. Sie bestanden fast ausschließlich aus Männern und entstanden häufig in Chatgruppen. Dort radikalisierten sich die (mutmaßlichen) Mitglieder schnell und entschlossen sich zu teilweise schwersten Straftaten, deren Kommunikationswirkung sich fast immer durch die Zielauswahl (v.a. Migrant\*innen und politische Gegner\*innen) ergeben sollte. Die realisierten und geplanten Taten belegen, dass die rechtsterroristische Gefahr in Deutschland auch nach dem NSU hoch ist.

**Schlüsselwörter:** Rechtsterrorismus; Rechtsterroristische Gruppen; Gruppe Freital; Revolution Chemnitz; Oldschool Society; Gruppe S.

**Summary:** The essay investigates the characteristic features of right-wing terrorist groups after the right-wing terror cell Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) in Germany between 2011 and 2020. For this purpose, the right-wing terrorist groups Old School Society, Gruppe Freital, Revolution Chemnitz and the presumed right-wing terrorist group Gruppe S. were examined as case studies using the criteria of emergence and development, group structure, perpetrator profile, selection of targets / victims, intensity of violence, communication strategy and ideology. The empirical comparison has shown that the often hierarchically structured groups have a right-wing extremist ideology, a willingness to use violence, an affinity for weapons and misanthropy. They consisted almost entirely of men and were often created in chat groups. There, the (presumed) members quickly radicalized and decided to commit partially serious crimes, the communication effect of which should almost always result from the target selection (especially migrants and political opponents). The implemented and planned terror acts showed that the right-wing terrorist danger of such organizations in Germany is high even after the NSU.

**Title:** Right-wing terrorist groups after Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)

**Keywords:** right-wing terrorism; right-wing terrorist groups; Gruppe Freital; Revolution Chemnitz; Oldschool Society; Gruppe S.



## 1 Einleitung

Deutschland erlebte nach dem Bekanntwerden der Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) eine Welle von tödlichen rechtsterroristischen Taten durch allein handelnde Attentäter, die in München, Kassel, Halle und Hanau stattfanden (Kehlbach/Nordhardt 2020). Doch auch nicht-tödliche, aber dennoch schwerwiegende rechtsterroristische Taten von Gruppen erschütterten Deutschland in diesem Zeitraum. Dennoch gibt es mit Ausnahme von Quent (2019a), der einen ersten Versuch zur Systematisierung rechtsterroristischer Gruppen nach dem NSU vornimmt, bislang keine wissenschaftliche Publikation, die sich im Rahmen eines systematischen Vergleichs ausschließlich mit rechtsterroristischen Vereinigungen in Deutschland nach dem NSU auseinandersetzt. Gleichwohl ist das Verständnis der charakteristischen Eigenschaften der rechtsterroristischen Gruppen wichtig, um die aktuelle Bedrohungslage, die von derartigen Vereinigungen für potenzielle Opfergruppen und den Staat ausgehen, besser einschätzen zu können. Mit der vorliegenden Untersuchung soll daher, anhand eines Vergleichs von Fallbeispielen deutscher (mutmaßlich) rechtsterroristischer Gruppen, aufgezeigt werden, welche spezifischen Merkmale rechtsterroristische Vereinigungen in Deutschland nach dem NSU kennzeichnen. Bevor näher auf den Begriff „Rechtsterrorismus“, die Auswahl der Fallbeispiele und die Vergleichskriterien eingegangen wird, ist zunächst zum Hintergrundverständnis rechtsterroristischer Taten auf die zentrale Bedeutung der Gewalt im Rechtsextremismus hinzuweisen. Laut Dierbach dient sie in ihrer grundlegenden Funktion dazu, „in einem symbolischen und praktischen Sinne gesellschaftliche Dominanz herzustellen und dadurch politische Wirkung zu entfalten“ (Dierbach 2016: 493). Was ist jedoch unter Rechtsterrorismus zu verstehen, der einen Teilbereich des Terrorismus darstellt? In rechtlicher Hinsicht wird in Deutschland durch den §129a StGB inhaltlich bestimmt, welche Vereinigungen als terroristisch einzustufen sind, wobei sowohl die Mitgliedschaft als auch deren Unterstützung strafbar ist (129a StGB, 2017). Für die vorliegende Studie wird unter dem Terrorismusbegriff die weit gefasste, aber die zentralen Elemente des dynamisch sich entwickelnden Terrorismus aufgreifende Definition des Sozialwissenschaftlers Fabian Virchow verwendet. Laut dieser Definition ist Terrorismus ein „geplantes, nicht nur einmaliges gewaltsames Handeln von (halb-)geheim agierenden Individuen oder Gruppen mit dem Ziel [...], Angst und Einschüchterung bei einer größeren Zahl von Menschen zu erzeugen und/oder Entscheidungen politischer Akteure oder sozialer Gruppen zu beeinflussen, ohne dabei etwa auf persönliche Bereicherung zu zielen“ (Virchow 2016: 8). Das Spezifische am Rechtsterrorismus ist dabei die auf dem Rechtsextremismus basierende ideologische Zielrichtung und damit einhergehende Ungleichwertigkeitsvorstellungen (z. B. völkisches Denken, Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus; Salzborn 2018: 22–32).

## 2 Untersuchungsgegenstand und Methoden

Für die vorliegende Untersuchung wird der Rechtsterrorismus von Gruppen nach dem NSU bis Ende 2020 anhand von vier Fallbeispielen untersucht, die mit ihrem jeweiligen Wirkungszeitraum angegeben werden. Dabei handelt es sich um die „Gruppe Freital“ (GF)

(2015–2016), die „Old School Society“ (OSS) (2015–2016), die Gruppierung „Revolution Chemnitz“ (RC) (2018) sowie die mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigung „Gruppe S.“ (GS) (2019–2020). Die vier Gruppen wurden ausgewählt, da sie aufgrund ihrer (mutmaßlich) geplanten oder ausgeführten Taten eine überregionale Bedeutung in Deutschland erlangt haben und zum Teil in mehreren Bundesländern aktiv waren. Außerdem repräsentieren sie durch ihre unterschiedliche Art der Gruppenstruktur und das Profil ihrer (mutmaßlichen) Mitglieder beispielhaft die Bandbreite des Rechtsterrorismus in Deutschland nach dem NSU. Ein weiteres Kriterium für die Auswahl der Fallbeispiele ist die vorhandene Quellenlage zu den jeweiligen Gruppierungen. Mit Ausnahme der GS liegen zu den anderen Gruppierungen Urteile aus Prozessen gegen ehemalige Mitglieder vor, die eine genaue Analyse der jeweiligen Gruppe erlauben.<sup>1</sup> Bei der GS kam es im Untersuchungszeitraum noch nicht zu Gerichtsprozessen gegen Personen, die dieser Gruppierung angehört haben oder sie unterstützt haben sollen. Allerdings gibt es mittlerweile neben zahlreichen Presseberichten und Antworten auf parlamentarische Anfragen auch eine Anklageschrift der Generalbundesanwaltschaft (GBA), zu der diese eine Pressemitteilung publiziert hat. Anhand dieser Dokumente, die zwar lediglich Quellencharakter aufweisen, ist es möglich, grundlegende Aspekte im Sinne der Forschungsfrage zur GS zu beantworten.

Um rechtsterroristische Gruppen vergleichend betrachten zu können, ist es zunächst notwendig, entsprechende Analyse Kriterien festzulegen. Besonders geeignete Vergleichskriterien hat der Politikwissenschaftler Sebastian Gräfe (Gräfe 2017) für eine Studie zu rechtsterroristischen Gruppierungen formuliert. Diese lauten: Ideologie, Gruppenstruktur, Auswahl der Ziele/Opfer, Gewaltintensität sowie Kommunikationsstrategie. Da Gräfes Kriterienkatalog zentrale Aspekte für die Charakterisierung und insbesondere den Vergleich von rechtsterroristischen Gruppen enthält, bilden diese die Grundlage für die vorliegende Untersuchung. Vom Autor werden jedoch zwei zusätzliche Kriterien hinzugefügt. Zum einen das Kriterium „Entstehung und Entwicklung“, mit dem untersucht wird, wie die Gruppe zustande gekommen ist, wie sie sich, auch hinsichtlich der terroristischen Zielsetzung, entwickelte und wie lange sie existiert oder bis zu einer Zerschlagung durch die Sicherheitsbehörden oder einer Selbstauflösung existierte. Als weiteres Kriterium wurde das „Täter\*innenprofil“ hinzugefügt, um zu ergründen, welche charakteristischen Merkmale die Mitglieder einer Vereinigung zum Beispiel im Hinblick auf mögliche (politisch relevante) Vorstrafen, ein Engagement in rechtsextremen Vereinigungen oder hinsichtlich soziostruktureller Spezifika (Bildungsstand und berufliche Situation) aufweisen. Zunächst ist es jedoch notwendig, die weiteren Vergleichskriterien im Einzelnen zu charakterisieren. Bei dem Kriterium „Ideologie“ wird untersucht, auf welcher weltanschaulichen Grundlage die Taten begangen werden und welche Einzelmerkmale des Rechtsextremismus besonders stark ausgeprägt sind. Als Grundlage für die ideologische Einschätzung dienen dabei Bekennerschreiben, Aussagen von Täter\*innen in der internen Kommunikation, aber auch die Opferauswahl, wobei nach Gräfe entscheidend ist, die Analyse der Ideologie sowie die Auswahl des Angriffsziels gleichermaßen zu berücksichtigen (Gräfe 2017: 225). Mit dem Kriterium „Gruppenstruktur“ wird untersucht, wie der Aufbau der Gruppe (hierarchisch oder zellenförmig) und die Anzahl der Gruppenmitglieder zu charakterisieren ist, aber auch, ob ihre Mitglieder an einer legalen Existenz festhielten oder in der Komplettillegalität lebten (Menhorn 2012: 352–355). Bei dem Kriterium „Auswahl der Ziele/Opfer“ liegt das Erkenntnisinteresse darauf zu ermitteln, welche Ziele/

1 Für die Analyse wurden ausschließlich Gerichtsurteile gegen Mitglieder und Unterstützer\*innen der ersten Reihe der rechtsterroristischen Gruppierungen OSS, GF und RC ausgewertet.